

**LSAP**  
D'SOZIALISTEN

**Sozial,  
fortschrittlich,  
gerecht und  
solidarisch!**

EIN SOZIALISTISCHER  
LEITFADEN

# Sozial, fortschrittlich, gerecht und solidarisch!

## Ein sozialistischer Leitfaden

### Vorwort

Der vorliegende Text orientiert sich an den Grundwerten der LSAP, die für Solidarität, Gleichheit, Freiheit und Sicherheit eintritt. In Ergänzung zum LSAP-Grundsatzprogramm und zu bestehenden Wahlprogrammen zielt der sozialistische Leitfaden darauf ab, eine politische Bestandsaufnahme in einer sich schnell wandelnden Welt vorzunehmen, die Wertvorstellungen der Partei in den Vordergrund zu rücken und mit Leben zu füllen sprich konkrete Ziele auszuweisen und Leitsätze als Orientierungshilfe für politisches Handeln auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene zu formulieren.

Im Gegensatz zu Wahl- und Koalitionsprogrammen, die maßgeblich politische Vorhaben und konkrete Forderungen für die darauffolgende Legislaturperiode im Blick haben, hat der sozialistische Leitfaden den Anspruch, Parteimitgliedern und sozialistischen Entscheidungsträgern eine längerfristig ausgerichtete Anleitung mit klaren Richtlinien für ihr politisches Wirken anzubieten. Gleichzeitig geht es darum, das Profil einer verantwortungsbewussten linken Volkspartei nach außen hin zu schärfen, um verlorengegangenes Vertrauen durch das Aufzeigen von klaren Leitlinien und politischen Zielsetzungen zurückzugewinnen.



Der sozialistische Leitfaden wurde auf dem LSAP-Landeskongress am 20. März 2016 einstimmig angenommen.

### Standortbestimmung

#### VERTRAUENSVERLUST UND POLITIKVERDROSSENHEIT

In den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger hat sich die Politik zu weit von den Menschen und ihren Alltagsorgen entfernt. Oftmals haben sie das Gefühl, nicht ernstgenommen zu werden. Dies geht mit zunehmendem Vertrauensverlust und wachsender Politikverdrossenheit einher. Während politische Entscheidungen vor Jahrzehnten noch verständlich und weitgehend nachvollziehbar schienen, ist dies heute immer seltener der Fall. Probleme und Sachverhalte sind vielschichtiger und globaler geworden. Entsprechend komplex und schwierig gestaltet sich die Suche nach politischen Lösungen, zumal der Handlungsspielraum für die nationale Politik mit fortschreitender Globalisierung immer kleiner wird. Dies darf aber kein Vorwand sein, nichts zu tun. Die Politik muss das Heft in die Hand nehmen und sich den Herausforderungen stellen.

#### KLUFT ZWISCHEN ARM UND REICH WIRD IMMER GRÖßER

Ganze Regionen werden auf Betreiben einer global ausgerichteten Weltwirtschaft, die nach Gewinnmaximierung und Kostenminimierung trachtet, zu Wirtschaftsblöcken und Machtzentren zusammengefügt, in denen die Interessen der Privatwirtschaft durch internationale Verträge so abgesichert werden, dass der Spielraum der nationalen politischen Akteure entscheidend begrenzt wird. Aufgrund dieser Entwicklung und ihren Auswüchsen (die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre verheerenden Folgen für die betroffenen Menschen) haben die sozialen Ungleichheiten in den vergangenen Jahren welt- und europaweit stark zugenommen.

Laut Oxfam besitzen die 62 reichsten Menschen der Welt genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung (rund 3,5 Milliarden Menschen) zusammen und 1% der Weltbevölkerung besitzt fast die Hälfte des Weltvermögens. Die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Reich und Arm sorgt dafür, dass Millionen von Menschen weiterhin in extremer Armut leben und keinen Zugang zu Schulbildung und grundlegender Gesundheitsfürsorge haben. Die Politik begleitet diesen Prozess entweder wohlwollend oder sieht machtlos zu; bestenfalls versucht sie, soziale Folgeschäden abzufedern.

#### DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION AUF DEM PRÜFSTAND

Auch die EU hat sich unter dem Impuls von Deutschland dieser Logik verschrieben und zwingt anderen EU-Staaten, die infolge der Finanz- und Schuldenkrise in schwere Turbulenzen geraten sind, einen Spar- und Austeritätskurs mit verheerenden Folgen für die betroffenen Menschen auf. Vor allem in den Regionen Südeuropas verarmen große Teile der Bevölkerung durch Massenarbeitslosigkeit und die gezielte Zerstörung von Sozialsystemen. Dabei nehmen Politik, Wirtschaft und Finanzmärkte sowohl das Auseinanderdriften der EU-Mitgliedsstaaten als auch das Erstarken der extremen Rechten in Europa billigend in Kauf. Die steigende Popularität rechtsradikaler Parteien in Frankreich, Deutschland und anderen EU-Ländern, der zunehmend negative Umgang mit Flüchtlingen und die Abschottung vieler EU-Mitgliedsstaaten lassen Erinnerungen an vergangene Kriegszeiten aufkommen. Nationalstaatliche Alleingänge wie in Ungarn oder Polen, die die Demokratie untergraben und die Freiheit gefährden, schaden der europäischen Integration und sind auf das Schärfste zu verurteilen. Die LSAP bedauert diese Entwicklung und fordert mehr Geschlossenheit und Solidarität auf EU-Ebene. Die EU muss wieder verstärkt zur Gemeinschaftsmethode zurückfinden, nationalstaatliche Angriffe auf europäische Grundwerte konsequent unterbinden und einen Ausgleich zwischen Finanz- und Wirtschaftspolitik einerseits und Sozialpolitik andererseits suchen. Nur gemeinsame Lösungen im Interesse der Menschen bringen Europa voran.

Auch wenn es in Luxemburg unter dem Impuls der Sozialisten bisher gelungen ist, den Sozialstaat in seinen Grundzügen zu erhalten, auszubauen und weiterzuentwickeln, so dürfen auch wir nicht verkennen, dass bei uns immer mehr Menschen von Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und Armut bedroht sind. Bis 2025 sollen Ausbau und Vertiefung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion stufenweise vorangetrieben werden. Das geht aus einem Bericht der fünf Präsidenten der europäischen Institutionen (EU-Kommission, Europäischer Rat, Eurogruppe, EZB und Europaparlament) hervor. Im Mittelpunkt verstärkter Integrationsbemühungen stehen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften, die Konsolidierung der nationalen Haushalte und die Vollendung der europäischen Bankenunion, während es im sozialen Bereich bei bloßen Absichtserklärungen bleibt und die Sozialunion quasi inexistent ist.

## **VOR GROSSEN UND GLOBALEN HERAUSFORDERUNGEN**

Die Politik steht demnach vor großen Herausforderungen und zunehmend schwierigen Aufgaben: die Absicherung sozialstaatlicher Errungenschaften, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut, der Kampf gegen die wachsende Bedrohung durch Terrorismus, religiösen Fanatismus und politischen Extremismus, die Absicherung bürgerlicher Freiheiten und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor möglichen Übergriffen und Gefahren, die Förderung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum und der schonende Umgang mit Naturressourcen, die weltweiten Auswirkungen des Klimawandels, die Bewältigung der Flüchtlingsströme durch koordinierte Integration, konsequente Befriedung von Konfliktregionen und Aufstockung der weltweiten Entwicklungshilfeprogramme (Hilfe zur Selbsthilfe), die Anpassung an den gesellschaftlichen Wandel in einer zunehmend digitalisierten Welt... usw.

## **VERTRAUEN ZURÜCKGEWINNEN**

Um diese vielfältigen Aufgaben bewältigen zu können, muss die Politik das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger durch klare Ansagen sowie konsequentes und kohärentes Handeln zurückgewinnen. Sie muss die Sorgen und Interessen der Menschen berücksichtigen und die eigenen Lösungsansätze in Bezug auf zunehmend komplexe Sachverhalte verständlich darstellen. Damit tun sich vor allem Volksparteien schwer, die ein möglichst breites Themenspektrum abdecken müssen. Auch die europäische Sozialdemokratie leidet unter diesem Phänomen. In weiten Teilen Europas beobachten wir eine Schwächung vor allem linker Volksparteien und eine Zersplitterung der Parteienlandschaft. Die Gründe hierfür sind vielfältig; sie gehen einerseits auf den gesellschaftlichen Wandel und das veränderte Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger zurück, andererseits sind sie einer immer unübersichtlicheren Politik geschuldet, die auch auf programmatische und organisatorische Versäumnisse der Parteien selbst zurückzuführen ist.

So entfremdet sich die Politik zusehends von den Bürgern und überlässt das Feld populistischen Gruppierungen, die für alle komplexen Fragen einfache und verkürzte Lösungen parat haben, aus denen sie Kapital schlagen. Gefahr für unsere Demokratie geht vor allem von rechtspopulistischen Parteien und rechtsextremen Gruppierungen aus, denen sozialistische und sozialdemokratische Parteien konsequent Einhalt gebieten müssen. Auch in Luxemburg mehren sich rechtspopulistische Stimmen, die mit der Angst der Bürger auf Stimmenfang gehen und Erfolg damit haben. Deshalb gilt für die LSAP, konsequent jede Form von Radikalität mit den Mitteln der partizipativen Demokratie zu bekämpfen, um auch künftigen Generationen ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen.

Die LSAP muss ihr soziales Profil schärfen und zu einer klaren Linie finden; sie muss ihre Werte glaubhaft vermitteln und in die Praxis umsetzen. Nur so kann sie mittel- und langfristiges Vertrauen zurückgewinnen und ihren politischen Einfluss steigern. Der Verteidigung von Partikularinteressen muss die LSAP das Gemeinwohl entgegenhalten. Individuelle Lebensgestaltung kann in einer Wertegemeinschaft nicht auf Solidarität und Gerechtigkeit verzichten. Wir können unseren Anspruch auf Freiheit und Sicherheit nur gemeinsam verwirklichen. Letztendlich bedeutet Gemeinwohl die Selbstverwirklichung aller Bürgerinnen und Bürger in einer Solidargemeinschaft.

## **Die Sozialisten: Wer wir sind und was wir wollen!**

Die LSAP ist eine Grundsatzpartei, die an ihren Grundwerten festhält und ihr politisches Handeln danach ausrichtet.

Seit jeher geht es der LSAP darum, sich für die Rechte aller Arbeitnehmer und sozial Schwachen einzusetzen, für die Emanzipation der Arbeitnehmer gegen die Ausbeutung durch das Kapital. Die LSAP hat maßgebend zum Aufbau des Wohlfahrtsstaates beigetragen, der sich nicht auf Armenfürsorge beschränkt. Die Luxemburger Sozialisten streben eine demokratische Gesellschaft ohne Privilegien an, mit gleichen Chancen, gleichen Rechten und gleichen Pflichten für alle. Wir wollen eine freie und solidarische Gesellschaft, in der die Stärkeren die Schwächeren unterstützen, einen starken Staat, der weder bevormundet noch drangsaliert, der fördert und unterstützt, damit die Menschen frei mitbestimmen und selbstbestimmt leben können. Jeder Mensch soll ein Leben in Würde führen können, ohne Not und Furcht, jeder sollte die Chance zur freien Entfaltung haben und sich in die Gesellschaft und Politik einbringen können. Nur wer keine Not erleidet, in einem sicheren Umfeld lebt und über ein soziales Netz verfügt, kann seine Freiheit auch ausleben.

Die Geschichte der LSAP steht für demokratischen Sozialismus, der auf einer Gesellschaft von Freien und Gleichen beruht. Dieser Grundgedanke setzt eine solidarische Grundordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft voraus, die gewährleistet, dass alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt auf der Grundlage von bürgerlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechten führen können.

Es ist die historische Erfahrung der Arbeiterbewegung, dass Solidarität Macht zur Veränderung schafft. Solidarität beruht auf der Bereitschaft der Menschen, sich gegenseitig Hilfe zu leisten und füreinander einzutreten. Solidarität gilt zwischen den Starken und Schwachen in unserer Gesellschaft, zwischen älteren und jüngeren Generationen, sie gilt aber auch über die Landesgrenzen hinaus zwischen den Völkern. Der demokratische Sozialismus beruht auf der Vorstellung einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, die für uns eine dauerhafte Herausforderung darstellt, eine gesellschaftliche Errungenschaft, die es mit vereinten Kräften gegen alle möglichen Widerstände zu verteidigen gilt.

## **Die LSAP als Gerechtigkeitspartei**

Die LSAP ist die Gerechtigkeitspartei. Immer dann, wenn dieser Anspruch programmatisch und personell besonders klar formuliert wurde, war die LSAP besonders erfolgreich. Die LSAP muss – auch und vor allem in diesem Bereich – als treibende Kraft bei der Verwirklichung einer fortschrittlichen, emanzipatorischen Politik wahrgenommen werden. Für die Sozialisten bedeutet Gerechtigkeit gleiche Freiheit, Würde und Entfaltungsmöglichkeiten, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Gerechtigkeit bedeutet gleiche Teilhabe an Demokratie, Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit und Kultur, gleicher Zugang zur öffentlichen Grundversorgung.

Wer Gerechtigkeit einklagt, muss dafür sorgen, dass Einkommen und Vermögen sozialgerecht verteilt werden, dass Steuereinnahmen und Sozialbeiträge so ausgerichtet sind, dass sie auf einer solidarischen Finanzierung beruhen und nicht jene zu stark belasten, die kraft ihrer Arbeit wesentlich zur Wertschöpfung des Landes beitragen. Das Besteuerungssystem ist deshalb immer auch Ausdruck der geltenden Werte und Umverteilung in einer Gesellschaft. Grundsätzlich gilt, dass es ohne Steuern und Sozialbeiträge keinen Wohlfahrtsstaat, keine öffentliche Grundversorgung aller Bürgerinnen und Bürger gibt.

Steuern und Sozialbeiträge sind Voraussetzung für Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Steuern ermöglichen Sozialtransfers und öffentliche Dienstleistungen sowie Investitionen in notwendige Infrastrukturen (Schulen, Krankenhäuser und Betreuungseinrichtungen, öffentlicher Transport,

Schienen- und Straßennetz, Wohnungsbau, Energie- und Wasserversorgung, usw.). Steuerpolitik erfüllt in unserem sozialstaatlichen Gesellschaftsmodell eine Doppelfunktion. Neben der Finanzierung der öffentlichen Versorgung reguliert sie die Umverteilung von Einkommen und Vermögen unter dem Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit. Für die LSAP zählen die individuelle und progressive Besteuerung (breite Schultern müssen in einer Solidargemeinschaft einen größeren Beitrag leisten als schmale Schultern), eine gerechtere Verteilung der Steuerlast zwischen direkten und indirekten Steuern, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmen und Privathaushalten zu den Grundlagen einer sozialistischen Steuerpolitik. Steuerpolitik muss diesen Ansprüchen gerecht werden. Sie muss die unteren und mittleren Einkommen entlasten und die hohen Einkommen und Vermögen stärker belasten.

Mehr Verteilungsgerechtigkeit stärkt nicht zuletzt die Kaufkraft und ist in unseren Augen Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Neben der automatischen Indexierung der Löhne, Gehälter und Renten sind auch die periodische Anpassung von Steuertabelle, Familienleistungen und Sozialtransfers unerlässliche Mittel zur Stärkung von Kaufkraft und Binnenmarktnachfrage.

Eine zentrale Gerechtigkeitsfrage in Luxemburg bleibt die Bildungspolitik, denn Bildung entscheidet über Lebenschancen. Bildung ist die wesentliche Voraussetzung für sozialen Aufstieg. Ungleichheiten, die auf sozialer Herkunft beruhen, müssen durch Bildung abgeschwächt und wettgemacht werden. Den öffentlichen Schulen kommt im Hinblick auf Bildung, Integration und soziale Kohäsion eine Schlüsselrolle zu. Sie muss Allgemeinbildung, Chancengerechtigkeit, Gleichstellung und Sozialkompetenzen gewährleisten, dem gesellschaftlichen Wandel und der veränderten Arbeitswelt mit innovativen Konzepten begegnen und dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche zu kritischen, verantwortungsvollen, selbstbewussten und toleranten Bürgern heranwachsen können. Die Schule ist der beste Ort, um jedes Kind in unsere Gesellschaft zu integrieren, wobei der multikulturelle Charakter bewahrt werden muss. Sprache, Herkunft, soziale Stellung und Nationalität dürfen keine Barrieren sein. Gerade im schulischen Umfeld können Rassismus und Xenophobie wirksam durch interkulturellen Austausch und gegenseitigen Respekt bekämpft werden. Die öffentliche Schule legt den Grundstein für unsere Zukunft. Das Schulwesen muss sich an die modernen Gegebenheiten anpassen und die Schüler und Schülerinnen angemessen auf die Zukunft vorbereiten, sowohl was die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt als auch die fortschreitende Digitalisierung angeht. Neue Technologien und Bildung müssen hierbei nicht im Gegensatz zueinander stehen, sondern sollen sich sinnvoll und gewinnbringend ergänzen. Der Zugang zu öffentlichen Schulen muss auch künftig für alle Schüler gratis sein.

Auch in einer zunehmend digitalisierten Welt, die einem rasanten und steten Wandel unterliegt, stellt sich die Frage der Gerechtigkeit in einem erhöhten Maße. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien haben den Globus in eine virtuelle Plattform verwandelt, die von ICT-Nutzern jederzeit und überall besucht werden kann. Die neuen sozialen Medien haben unser Kommunikationsverhalten dermaßen verändert, dass jene Menschen, die keinen Zugang dazu haben, außen vor bleiben und zu sozialen Außenseitern werden. Für die LSAP ist dies nicht hinnehmbar; die Sozialisten werden sich dafür einsetzen, dass der digitale Graben verringert und der soziale Zusammenhalt auch in einer allseits vernetzten Welt gewahrt bleibt.

## Die LSAP als Fortschrittspartei

In ihrer über 100-jährigen Geschichte hat die LSAP wichtige emanzipatorische und sozialpolitische Meilensteine gesetzt: Die ersten Sozialreformen um die Jahrhundertwende, das Streikrecht, das Sozialmodell der Nachkriegszeit, der Index, die Abschaffung der Todesstrafe, die modernen Sozialversicherungen, der Mindestlohn, die Pflegeversicherung, um nur diese zu nennen, gehen allesamt auf das politische Wirken der LSAP in den vergangenen Jahrzehnten zurück.

Auch in jüngerer Zeit ist die LSAP ihrem Leitbild als Fortschrittspartei stets treu geblieben und hat unter anderem die Legalisierung der Sterbehilfe, die Schaffung des Einheitsstatuts, die Reform des Abtreibungsgesetzes und die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe mit durchgesetzt. Als treibende politische Kraft auf nationaler und kommunaler Ebene ist die LSAP dem gesellschaftlichen Fortschritt seit jeher verpflichtet und wird diese Tradition auch in Zukunft fortschreiben, nicht zuletzt, wenn es darum geht, die Trennung von Kirchen und Staat in die Wege zu leiten und umzusetzen. Diese Aufgabe ist heute, vor dem Hintergrund eines um sich greifenden religiösen Fanatismus wichtiger denn je.

Fortschritt heißt für die LSAP auch, die Zeichen der Zeit zu erkennen und die Zukunft vorzubereiten. Die LSAP wird den gesellschaftlichen Wandel durch Wahrung ihrer Grundwerte begleiten, sich den Herausforderungen der digitalen Revolution stellen und den technologischen Fortschritt konsequent für Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum nutzen und gleichzeitig sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger mit dieser Entwicklung Schritt halten können. In diesem Sinne wird die LSAP dafür sorgen, dass die Digitalisierung im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen (Online-Dienste) weiter vorangetrieben wird; auch Bildungs- und Fortbildungsangebote müssen fortlaufend an die gesellschaftliche Entwicklung und digitale Welt angepasst werden. Nur so kann letztlich sichergestellt werden, dass der gesellschaftliche Fortschritt langfristig allen Menschen zugutekommt.

## Die LSAP und die Arbeitnehmer

Ihren Ursprung hat die LSAP in der Arbeiterbewegung und dem Kampf für Aufklärung, Menschenrechte und soziale Absicherung. Auch wenn sich Luxemburg von einer Industrie- zu einer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft entwickelt hat, bleibt die LSAP die politische Kraft, die sich für Schutz und Wohl der Arbeitnehmer einsetzt. Jeder Mensch hat ein Recht auf Arbeit und muss auf der Suche nach einem Arbeitsplatz bestmöglich unterstützt werden. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass Arbeit und Leistung anerkannt und gerecht entlohnt werden. Die zunehmende Kluft zwischen Kapital und Arbeit untergräbt langfristig den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Arbeit genießt aus Sicht der LSAP einen übergeordneten Stellenwert, deshalb muss der Produktivitätsgewinn und geschaffene Mehrwert gerechter zwischen Arbeit und Kapital verteilt werden. Jeder Mensch muss von seiner Arbeit leben können, deshalb ist der gesetzliche Mindestlohn eine wesentliche Voraussetzung für ein Leben in Würde. In diesem Sinne müssen Mindestlohn und Mindesteinkommen in regelmäßigen Abständen an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst und strukturell aufgebessert werden, um zu verhindern, dass immer mehr Menschen in die Armut abrutschen. Ausbeutung und Lohndumping, die Anhäufung von Minijobs und die Ausweitung von Leiharbeit tragen zur Prekarisierung der Arbeitsplätze und zum Phänomen der sogenannten „working poor“ bei und sind nicht im Sinne der LSAP, die für gerechte Löhne, eine gerechte Verteilung der Arbeit, unbefristete Arbeitsverträge, gute Arbeitsbedingungen, hohe Sicherheitsstandards, flexible Arbeitszeiten im Interesse der Arbeitnehmer und Mitbestimmung auf Betriebsebene eintritt.

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien haben nicht nur unsere Gesellschaft und unser Leben verändert, sie sind längst dabei, die Arbeitswelt zu revolutionieren. Angesichts der digitalen Transformation der Arbeitsprozesse wird sich die LSAP dafür einsetzen, dass geltende Arbeitsnormen und arbeitsrechtliche Bestimmungen an die digitale Welt angepasst werden und Arbeitnehmern entsprechenden Schutz bieten. Deshalb ist es unabdingbar, dass in allen privat- und öffentlich-rechtlichen Betrieben und Verwaltungen regelmäßig demokratische Personalvertreterwahlen stattfinden. Die Befugnisse dieser freigewählten Delegationen müssen fortwährend an die Erfordernisse der gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung angepasst werden.

Die LSAP unterstützt Menschen, die durch ihre Arbeit und Kreativität leben. In diesem Sinne trägt die LSAP als Arbeitnehmerpartei, die das A für Arbeiter in ihrem Namen mit Stolz! Wer in Luxemburg arbeitet, ob als Einwohner oder Pendler, leistet einen wichtigen Beitrag zur Solidargemeinschaft und zum Gemeinwohl. Das verdient Anerkennung und Respekt.

## Die LSAP und der Sozialstaat

Die LSAP hat wesentlich dazu beigetragen, dass in Luxemburg über Jahrzehnte hinweg ein leistungsfähiger Sozialstaat aufgebaut wurde, der auf Solidarität und Gerechtigkeit beruht, allen Bürgern den Zugang zu Bildung, Kultur und Sport ermöglicht, eine öffentliche Grundversorgung in wesentlichen Bereichen anbietet und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit gewährt. Neben einer großen Bandbreite an Sozialleistungen und -transfers, die für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen, bietet der Sozialstaat allen Bürgerinnen und Bürgern Schutz und Unterstützung in schwierigen Lebenslagen: bei Arbeitslosigkeit oder Armut, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit. Die Pflegeversicherung muss auch weiterhin hochwertige, auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Pflegeempfänger zugeschnittene Leistungen anbieten, die transparent und nachvollziehbar sind. Ein breit aufgestellter Sozialstaat trägt wesentlich zur Lebensqualität und sozialen Kohäsion bei; darüber hinaus birgt er als Wirtschaftsfaktor erhebliches Wachstumspotenzial, das sich nicht zuletzt in vielen Arbeitsplätzen niederschlägt.

Nicht umsonst hat der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt den „weit ausgefächerten Wohlfahrtsstaat“ als bisher letzte große kulturelle Errungenschaft der Europäer gewürdigt. Die LSAP bleibt diesem sozialen und universellen Erbe, das den Bogen vom Kleinkind bis ins hohe Alter hin zu künftigen Generationen spannt, auch in Zukunft verpflichtet. Der bewährte Generationenvertrag beruht auf nachhaltiger Solidarität, die alle Bürgerinnen und Bürger - die heutigen und künftigen Generationen - einschließt, und zählt wie die öffentliche Gesundheitsversorgung und Pflegeversicherung zu den Grundpfeilern unseres Sozialstaates. Die Beitragszahler von heute können auch morgen davon ausgehen, dass der erwirtschaftete Mehrwert in einem leistungsfähigen Sozialstaat die Absicherung ihrer Rentenansprüche gewährleistet.

Für die LSAP ist der Sozialstaat wesentlich mehr als eine Reparaturwerkstatt für Hilfsbedürftige, deshalb lehnen die Sozialisten den „schlanken“ Staat kategorisch ab, der Bürgerinnen und Bürgern nur dann Unterstützung gewährt, wenn sie es allein aus eigener Kraft nicht mehr schaffen. Die LSAP wird sich in diesem Sinne für die Absicherung und Weiterentwicklung unserer sozialen Sicherungssysteme einsetzen und sich jeder Degradierung dieser Systeme entgegenstellen. Staat und Gemeinden dürfen sich nicht aus ihrer umfassenden sozialen Verantwortung zurückziehen und karitativen Organisationen diese wesentliche Aufgabe überlassen. Nutznießer eines derartigen Rückzugs wären die Wohlhabenden, die im Grunde keines Sozialstaates bedürfen.

## Die LSAP für Freiheit und Sicherheit

Ohne Sicherheit kann es dauerhaft keine Freiheit geben. Sicherheit gehört ebenso wie Freiheit zu den Grundrechten, die in unserer Verfassung verankert sind und durch unseren Rechtsstaat geschützt werden müssen. Der Staat muss gewährleisten, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Sicherheit und Würde leben können. Der Sicherheit von Personen und Besitz kommt eine wesentliche gesellschaftliche Bedeutung zu: Sicherheit für alle ist die Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt; auch jene müssen öffentlichen Schutz genießen, die sich keine zusätzlichen Schutzmaßnahmen durch private Sicherheitsfirmen leisten können.

Dass Freiheit und Sicherheit auch in einem demokratischen Rechtsstaat in Konflikt zueinander geraten können, zeigt die angespannte Sicherheitslage, die sich aus Konfliktherden, religiösem Fanatismus, Rechtsextremismus, einer zunehmenden Terrorbedrohung und organisierten Kriminalität ergibt. Hier

ist die Politik gefordert und muss mit Augenmaß und Bedacht vorgehen. Schutzmaßnahmen, die in Ausnahmefällen aufgrund einer erhöhten Bedrohung der öffentlichen Sicherheit ergriffen werden, müssen zeitlich begrenzt und immerzu auf ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit hin überprüft werden. Politik sollte sich nicht an einem Wettbewerb beteiligen, der darin besteht, bei jedem Gewaltakt neue Strafgesetze zu erlassen, die weitere Einschnitte in die Grundrechte der Bürger zur Folge hätten. Die Verfassung und das Gesetz sollen die Rechtsnormen auch im Notfall festlegen.

Ebenso müssen die Ursachen derartiger Fehlentwicklungen konsequent analysiert und bekämpft werden. Viele Konfliktherde beruhen auf Armut, sozialer Ungerechtigkeit und Perspektivlosigkeit; sie sind weitgehend den geopolitischen Interessen von Groß- und Regionalmächten sowie der Profitgier von multinationalen Konzernen geschuldet, die aus Eigennutz Konflikte schüren oder in Kauf nehmen, um ihre eigenen Ansprüche durchzusetzen. Wer in Konfliktregionen mit Waffen handelt, bedient Gewaltbereitschaft, wer selbst Gewalt dort einsetzt und Ungerechtigkeit fördert, schürt Terrorismus; wer Terrorismus schürt, muss die eigenen Sicherheitsmaßnahmen verstärken, um Bürger vor möglichen gewaltsamen Übergriffen zu schützen. Wer die bürgerlichen Freiheiten im Namen der Sicherheit über das Notwendige hinaus einschränkt oder preisgibt, überschreitet jenen schmalen Grat, der vom demokratischen Rechtsstaat in eine totalitäre Staatsform führt. Diesen Weg wird die LSAP nicht mitgehen.

Weder Sicherheit noch Freiheit sind als solche absolut; in einem demokratischen Rechtsstaat funktionieren sie laut Grundgesetz in einem geordneten Spannungsverhältnis, das einen ständigen politischen Abwägungsprozess erfordert. Die Auseinandersetzung zwischen den legitimen Ansprüchen der Menschen auf Freiheit und Sicherheit muss eine Demokratie ebenso aushalten wie den möglichen Konflikt zwischen Meinungs- und Religionsfreiheit.

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien beschleunigen den gesellschaftlichen Wandel in einem bislang nie dagewesenen Maße. Der globale Datenfluss scheint unaufhaltsam, das virtuelle Beziehungsgeflecht allgegenwärtig. Der rasante Fortschritt birgt allerdings auch Gefahren, denn das Freiheits- und Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wird wesentlich davon erfasst. Während die neuen sozialen Medien die individuelle Freiheit in einer virtuellen Welt scheinbar steigern und bewusst kultivieren, stößt diese vermeintliche Freiheit bisweilen auf gravierende Sicherheitslücken oder wird Opfer von Übergriffen auf die Privatsphäre und Würde der Menschen. Dieser Fehlentwicklung muss mit Nachdruck Einhalt geboten werden. Internet und soziale Medien brauchen einen angepassten Rechtsrahmen mit klaren, verbindlichen Regeln inklusive Sanktionen, die allen ICT-Usern angemessenen Schutz bei größtmöglicher Freiheit bieten.

Der Politik obliegt die schwierige Aufgabe, auch unter erschwerten Bedingungen ein gesundes Gleichgewicht zwischen dem Anspruch auf Freiheit und dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen zu finden. Aus ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl und aus Respekt vor ihren eigenen Grundwerten bleibt die LSAP dieser politischen Grundhaltung und Zielsetzung verpflichtet.

## Die LSAP und die Gemeinden

Die LSAP kann ihren politischen Einfluss auch dank ihrer starken kommunalen Verankerung und ihrer Nähe zu den Bürgern geltend machen. In den Kommunen erfahren die Menschen unmittelbar, wie sich Politik in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger stellt, indem sie notwendige Infrastrukturen schafft und Bürgerdienste einrichtet. In den Gemeinden kommt Sozialpolitik auf verschiedenen Ebenen zum Tragen: im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, im Grundschulbereich und bei der außerschulischen Betreuung von Kindern, im Bereich der Rettungsdienste, bei der Sozialhilfe sowie im Hinblick auf die Unterstützung sozialer Hilfsdienste und -einrichtungen für bedürftige Mitmenschen. Um ihre sozialstaatlichen Verpflichtungen auch in Zukunft angemessen wahrnehmen zu können, müssen die kommunalen Finanzen nachhaltig abgesichert und die kommunale Autonomie gewahrt bleiben. Die LSAP wird sich

auch künftig für starke, unabhängige Gemeinden einsetzen, die seit jeher ein unerlässlicher Baustein im sozialstaatlichen Gefüge des Landes sind.

## Die LSAP und die Bürgerbeteiligung

Ohne die aktive Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an der Politik verliert unsere Demokratie immer mehr an Substanz. Vertrauensverlust und Politikverdrossenheit sind erste Erscheinungsformen von steigender Unzufriedenheit, die sich bei Protestwählern und Wutbürgern unterschiedlich entlädt. Während erstere sich am Ende des Interesses von der Politik abwenden, schließen sich letztere zusammen und finden eine neue politische Heimat in radikalen, rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Gruppierungen, die aus ihrer Wut und Gewaltbereitschaft bisweilen keinen Hehl machen.

Unsere Gesellschaft braucht verantwortungsbewusste und kritische Bürger, die sich für Politik interessieren, Politik hinterfragen und sich in öffentliche Diskussionen und Entscheidungsprozesse einbringen wollen. Das gilt auch für Jugendliche, die auch heute schon Mitverantwortung für die eigene Zukunft übernehmen müssen. An der Politik ist es, Anreize zu bieten, politische Bildung auch in Schulen zu fördern und Foren zu schaffen, damit aus der um sich greifenden Politikverdrossenheit eine echte Diskussionskultur erwächst, die alle Gesellschaftsschichten erfasst und in die Verantwortung für das Gemeinwohl einbezieht. Das gilt insbesondere für die Heranwachsenden, die verstärkt in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden müssen. Politische Bildung muss daher deutlich früher Eingang in den schulischen Alltag finden. Der unmittelbare und verstärkte Dialog zwischen Jugendlichen und politisch Verantwortlichen ist ein probates Mittel, um das Interesse an der Politik zu wecken und verantwortungsbewusstes Handeln bei jungen Menschen zu fördern. Ferner geht es darum, das politische, soziale und kulturelle Engagement der Jugend in gemeinnützigen Organisationen und Vereinen zu unterstützen. Gemeinwohl verpflichtet und schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ernstgemeinte Integration, gelebte Solidarität und echtes Mitspracherecht sind Schlüsselbegriffe, die unsere Gesellschaft voranbringen, indem sie für mehr Gerechtigkeit und Bürgerbeteiligung sorgen. Zivilgesellschaftlichen Allianzen und Netzwerken kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Sie sind wichtige Multiplikatoren und Impulsgeber. Auch den Medien als Sinnbild für freie Meinungsbildung und -äußerung kommt in diesem Zusammenhang eine zentrale Bedeutung zu. Die LSAP spricht sich in diesem Sinne für Meinungsppluralismus und öffentliche Pressehilfe aus. Medien und Zivilgesellschaft tragen gemeinsam dazu bei, Politik zu hinterfragen und unsere Demokratie zu beleben.

## Die LSAP und die globalisierte Wirtschaft

Die LSAP wehrt sich gegen menschenverachtenden Kapitalismus und eine ungezügelter Marktwirtschaft. Die rezente Wirtschafts- und Finanzkrise hat zweifelsfrei gezeigt, dass ein deregulierter, unkontrollierter Markt mit riskanten, hochspekulativen Finanzgeschäften das globale wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht ins Wanken bringen kann. Jene, die in der Vergangenheit für den „schlanken“ Staat plädierten, waren urplötzlich erleichtert, dass Staaten eingreifen und einen weltweiten Kollaps der Banken und des Finanzwesens verhindern konnten. Während die Solidargemeinschaft für die Verfehlungen unkontrollierter Finanzmärkte bürgte und damit in etlichen Staaten eine Haushalts- und Schuldenkrise provoziert wurde, blieben die Verursacher und wahren Schuldigen fast ausnahmslos verschont. Den Preis für die Finanzkrise zahlten allen voran einfache Bürger, wobei die sozial Schwachen besonders stark von der steigenden Arbeitslosigkeit und zunehmendem Sozialabbau betroffen sind.

Neoliberale Wirtschaftspraktiken und Exzesse im Bankenwesen sind mit den Wertvorstellungen der LSAP unvereinbar. Finanzmärkte müssen noch besser reguliert und stärker kontrolliert werden, zum Wohl der Allgemeinheit und zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Die zum Teil verbreitete Annahme, die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise hätte das neoliberale Zeitalter beendet, ist ein Trugschluss. Neoliberale Denkmuster halten sich insbesondere im wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich hartnäckig und wirken

ähnlich wie in den 1990er Jahren auch heute noch teilweise bis in die Sozialdemokratie hinein. Deshalb müssen Sozialisten und Sozialdemokraten in den Diskussionen über Haushaltspolitik, die Finanzierung von Investitionen, die Eurokrise oder Freihandelsabkommen à la TTIP oder CETA besonders wachsam sein und die richtigen Antworten im Sinne des Gemeinwohls geben.

Der Welthandel muss so geregelt sein, dass er fairen Bedingungen für sämtliche Handelspartner unterliegt. Das gilt in einem besonderen Maße für die Handelsbeziehungen zwischen hochentwickelten Staaten und unterentwickelten Ländern und Regionen. Im Wesentlichen entspricht diese Vorgabe auch dem Geist der Vereinten Nationen, die in ihrer globalen Zielsetzung auch eine Verringerung der Ungleichheit zwischen den Staaten und der Kluft zwischen Arm und Reich anstreben. Handelsabkommen dürfen in keinem Fall soziale und ökologische Standards im Namen der Wettbewerbsfähigkeit untergraben; sie dürfen weder demokratische und rechtsstaatliche Grundprinzipien in Frage stellen, noch die öffentliche Grundversorgung oder bürgerlichen Rechte aushöhlen. Handelsabkommen sollten vielmehr dazu beitragen, nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand für alle zu fördern. Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zur Profitmaximierung darf nicht länger das maßgebliche oder alleinige Kriterium für einen freien Welthandel sein. Wettbewerbsfähigkeit um jeden Preis lehnt die LSAP daher ebenso ab wie Wirtschaftswachstum, das auf übermäßiges Konsumverhalten abzielt und das Allgemeinwohl aus dem Blick verliert.

Luxemburg muss gleichwohl im internationalen Kontext wettbewerbsfähig bleiben, um seinen leistungsfähigen Sozialstaat langfristig absichern und für soziale Gerechtigkeit sorgen zu können. Die LSAP will eine dynamische Wirtschaft, die auf nachhaltiges Wachstum setzt, dem Klimaschutz Rechnung trägt und eine gerechtere Verteilung des geschaffenen Reichtums ermöglicht. Im Sinne des Gemeinwohls müssen öffentlich-rechtliche Unternehmen auch künftig in öffentlichem Besitz bleiben, damit der Staat seine gemeinnützigen Aufgaben wahrnehmen und strukturierend auf die Wirtschaft einwirken kann. Wirtschaft und Welthandel müssen im Dienste der Menschen stehen und nicht umgekehrt! Eine starke, wettbewerbsfähige Wirtschaft muss den Bürgerinnen und Bürgern mehr Wohlstand bringen und die notwendige soziale Absicherung für alle garantieren. In diesem Zusammenhang stellt sich für die LSAP auch die Wachstumsfrage. Wieviel und welches Wachstum braucht das Land?

Fest steht: Wir brauchen nachhaltiges Wachstum in einer sozialen Marktwirtschaft, die über die Wettbewerbs- und reine Profitlogik hinausdenkt, neue Wirtschaftsformen wie die Solidar- und die Kreislaufwirtschaft fördert und zur Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen sowie zur Schonung von Naturressourcen beiträgt. In diesem Sinne unterstützt die LSAP die Ziele der Vereinten Nationen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung, die nicht nur die Entwicklungsländer, sondern alle Staaten betrifft. Die „Sustainable Development Goals“, die am 1. Januar 2016 in Kraft getreten sind und eine Laufzeit von 15 Jahren haben, sollen u.a. dazu beitragen, Armut und Hunger weltweit zu beenden, das Gemeinwohl zu fördern, hochwertige Bildung zu gewährleisten, eine nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen, nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit zu fördern, die Ungleichheit zwischen den Staaten zu verringern, Natur und Ökosysteme zu schützen und den weltweiten Kampf gegen den Klimawandel voranzutreiben.

## Die LSAP und die internationale Gemeinschaft

Die LSAP ist Teil der europäischen Sozialdemokratie und in ihrer Tradition eine Friedenspartei. Sie engagiert sich für Demokratie, Menschenrechte und eine gerechte Globalisierung. Doch die Entwicklung läuft derzeit in eine andere Richtung. Der Graben zwischen armen und reichen Ländern vergrößert sich, Egoismus, religiöser Fanatismus und Fremdenfeindlichkeit und damit das Risiko gewaltsamer Konflikte nehmen zu. Derzeit prägen so viele Krisen, Konflikte und Kriege das Weltbild wie seit langer Zeit nicht mehr. Diese bleiben, wie die aktuellen Flüchtlingsströme und terroristischen Attacken belegen, nicht ohne Auswirkungen auf Europa und Luxemburg. Diesbezügliche Reaktionen einzelner Bürger zeigen nicht zuletzt, dass es auch hierzulande einen gewissen Nährboden für rechtspopulistische und reaktionäre Positionen gibt.

Die LSAP wird dieser Entwicklung mit Entschlossenheit entgegentreten und verstärkt für Toleranz und Weltoffenheit werben, mit einer aktiven Friedenspolitik anstelle von kontraproduktiven Militärinterventionen und Stellvertreterkriegen, mit Armutsbekämpfung und Entwicklungspolitik im Kampf gegen Ungerechtigkeit, religiösen Fanatismus und Terrorismus, mit der Verteidigung unserer bürgerlichen Freiheiten und Werte gegen Rechtsextremismus und Fremdenhass.

Innerhalb der Europäischen Union müssen wir geschlossen auftreten und sicherstellen, dass die USA als einzig verbleibende Supermacht, nicht zum alleinigen Vorsprecher in wirtschaftlichen und politischen Fragen werden. Als Gründungsmitglied der Europäischen Union und als Verfechter der europäischen Wertegemeinschaft muss Luxemburg zusammen mit allen anderen Mitgliedsstaaten dazu beitragen, dass die EU auch künftig ein unerlässlicher und anerkannter Akteur auf dem internationalen Parkett bleibt und sich aktiv für den Weltfrieden einsetzt.

## Die LSAP und die Europäische Union

Die Europäische Union ist für die Sozialisten in erster Linie eine Werte- und Solidargemeinschaft mit großem Wirtschaftspotenzial. Nur eine solidarische und in sich gefestigte EU kann ihren wirtschaftlichen Einfluss in der Welt auch politisch geltend machen. Für die LSAP gibt es keine Alternative zur EU, die angesichts großer Herausforderungen nicht nur den Ausbau und die Vertiefung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, sondern allen voran die Sozialunion vorantreiben muss, um das verlorene Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. Wenn die EU auf dieser Ebene versagt, droht das europäische Integrations- und Friedensprojekt zu scheitern.

Ohne Sozialunion und ein Ende der neoliberalen Sparpolitik wird das Vertrauen in die EU weiter schwinden. Die LSAP setzt sich für ein anderes Europa ein, das über Haushaltskonsolidierung als neoliberales Allheilmittel hinausdenkt und auf solides Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen setzt, ein Europa, das allen Menschen soziale Sicherheit bietet, für öffentliche Investitionen sorgt und die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger stärkt, ein Europa, das Vertrauen schafft und der Welt als sozial- und wirtschaftspolitisches Vorbild dient.

Die LSAP tritt für verbindliche demokratische und soziale Konvergenzkriterien auf EU-Ebene ein. Hierzu zählen die Freiheit von Presse und Justiz sowie die allgemein anerkannten Bürger- und Gewerkschaftsrechte. In sozialer Hinsicht müssen Mindestnormen in Bezug auf Beschäftigung, Löhne und Armutsgefährdung definiert werden. Ein sozialer Mindestlohn muss in allen EU-Mitgliedsstaaten auf der Grundlage des jeweiligen Durchschnittslohns ermittelt und eingeführt werden. Auch auf rechtlicher Ebene muss die soziale Dimension der EU gestärkt werden, damit die sozialen Rechte und Freiheiten der Arbeitnehmer nicht weiterhin den wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber untergeordnet werden.

Die LSAP wird sich darüber hinaus gegen Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen auf EU-Ebene zur Wehr setzen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Sozialversicherung und öffentlichen Dienstleistungen. Auch die von der EU-Kommission angemahnte Liberalisierung des Arbeitsrechts wird von der LSAP strikt abgelehnt.

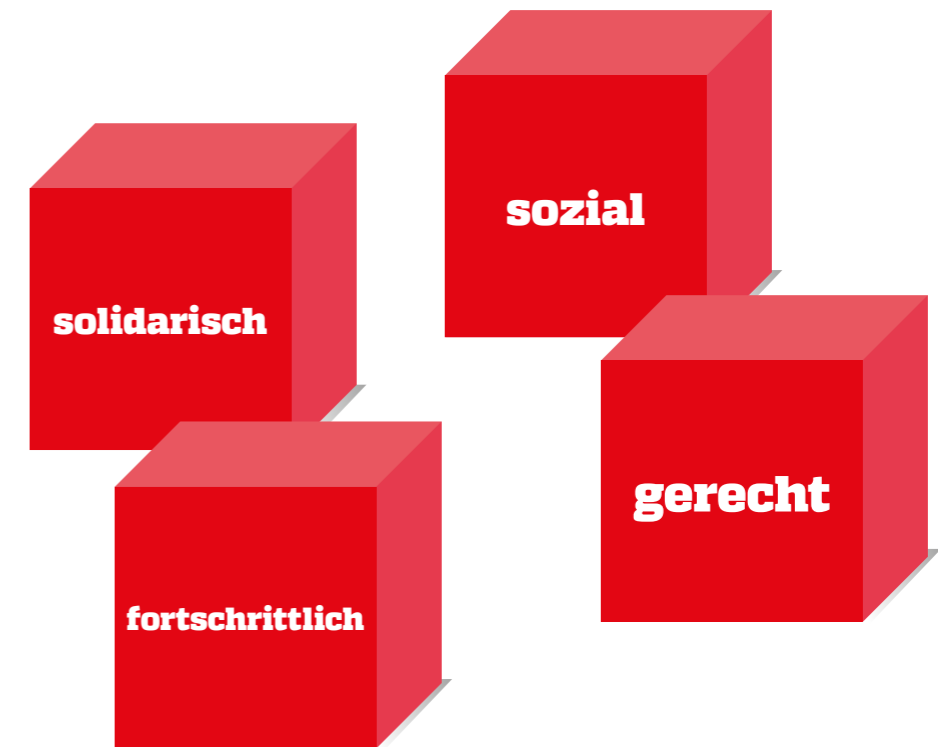
Die EU-Mitgliedsstaaten haben eine gemeinsame historische Verantwortung, die weit über den europäischen Binnenmarkt und nationale Partikularinteressen hinausgeht. Wer die Zeichen der Zeit nicht erkennt und die falschen Lehren aus der Vergangenheit zieht, wird das Erstarken der Nationalstaaten und die Verbreitung nationalistischer Ressentiments fördern und damit Rechtsextremismus, Fremdenhass, Intoleranz und gewaltsamen Übergriffen Vorschub leisten. Globale Krisen und Herausforderungen können nur gemeinsam und solidarisch bewältigt werden. Das gilt für die globale Flüchtlingskrise ebenso wie für den globalen Kampf gegen Armut und Klimawandel, die Bekämpfung von Terrorismus und religiösem Fanatismus.

Die EU braucht eine kohärente Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Alle EU-Staaten müssen ihre Verantwortung gleichermaßen übernehmen. Das gilt sowohl im Hinblick auf die Sicherung der Außengrenzen, die Regulierung von legaler Zuwanderung als auch in Bezug auf die gemeinschaftliche Errungenschaft des freien Personenverkehrs im Schengen-Raum. Wer sich aus nationalen Interessen zu Alleingängen hinreißen lässt und sich so aus der gemeinsamen Verantwortung stiehlt, verlässt den Boden der Solidarität, untergräbt die europäische Integration und trägt zur Ausbreitung von nationalistischem und rechtspopulistischem Gedankengut bei. Nur der konsequente Aufbau einer Sozialunion ist aus Sicht der LSAP die richtige Antwort auf eine falsche Entwicklung innerhalb der EU.

## Die Leitsätze der LSAP

- › Die LSAP wird ihre Grundwerte Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit und Sicherheit auch in Zukunft mit Leben füllen und unseren demokratischen Sozial- und Rechtsstaat gegen Widerstände von innen und außen verteidigen.
- › Die LSAP setzt sich konsequent für den Erhalt und weiteren Ausbau des weitgefächerten Wohlfahrtsstaates ein.
- › Die LSAP tritt für ein universelles System der sozialen Sicherheit ein und wendet sich entschieden gegen jegliche Degradierung der öffentlichen Sozialversicherungssysteme.
- › Die LSAP wird sich für eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Wohlstand einsetzen und zur Bekämpfung von Armut auf nationaler und internationaler Ebene beitragen.
- › Die LSAP befürwortet ein soziales und progressives Steuersystem, das die öffentlichen Finanzen nachhaltig absichert, die kleinen und mittleren Einkommen entlastet und die hohen Einkommen und Vermögen stärker belastet.
- › Die LSAP wird auch und vor allem in Zeiten der digitalen Revolution die Rechte und Arbeitsplätze der Arbeitnehmer stärken und schützen.
- › Die LSAP wird den gesetzlichen Mindestlohn verteidigen, für Lohngerechtigkeit sorgen und an der automatischen Indexierung von Löhnen, Gehältern und Renten festhalten.
- › Die LSAP wird die Arbeitslosigkeit bekämpfen und Vollbeschäftigung anstreben.

- › Die LSAP setzt sich für eine strengere Kontrolle jener Unternehmen ein, die gezielt Dumpingmethoden einsetzen, um Arbeitnehmern schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzudrängen.
- › Die LSAP wird dem Wandel der Arbeitswelt und Gesellschaft Rechnung tragen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gezielt fördern.
- › Die LSAP wird die Gleichstellung zwischen Mann und Frau auf politischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und sozialer Ebene weiter vorantreiben.
- › Die LSAP wird für mehr Chancengerechtigkeit durch Bildung sorgen und den landesweiten Ausbau von Ganztagschulen fördern.
- › Die LSAP sieht es als ihre Aufgabe an, die Jugend aktiv zu unterstützen. Denn Politik für die Jugend ist Politik für die Zukunft.
- › Die LSAP wird dafür sorgen, dass Jugendliche und junge Erwachsene auf dem Arbeitsmarkt eine echte Chance bekommen und Verantwortung für sich und die Gesellschaft übernehmen können.
- › Die LSAP wird die Wohnungsnot lindern und mehr sozialen Wohnraum insbesondere im Mietwohnungsbereich schaffen.
- › Die LSAP wird das Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt aktiv fördern, Integration auf allen Ebenen unterstützen, Intoleranz und Fremdenhass bekämpfen und konsequent den Respekt unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Grundprinzipien einfordern.
- › Die LSAP wird die Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen stärken.
- › Die LSAP wird sich für starke Gemeinden einsetzen, damit sie ihre sozialstaatlichen Aufgaben auch weiterhin im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen können.
- › Die LSAP wendet sich gegen die Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichen und sozialen Dienstleistungen und wird sich für deren Ausbau gemäß den gesellschaftlichen Erfordernissen einsetzen.
- › Die LSAP wird die Trennung von Kirchen und Staat auf allen Politikebenen vorantreiben und religiösen Fundamentalismus bekämpfen.
- › Die LSAP wird auf EU-Ebene die Sozialunion vorantreiben und zur Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten aufrufen.



- › Die LSAP wird nationalstaatliche Alleingänge verurteilen, die den Zusammenhalt innerhalb der EU untergraben, und sich für die konsequente Verteidigung unserer gemeinsamen europäischen Werte einsetzen. Demokratische und rechtsstaatliche Grundprinzipien gehören ebenso zum Fundament der Europäischen Union wie ein klares Bekenntnis zur Freizügigkeit und zum Schengenraum.
- › Die LSAP wird die Lebensqualität der Menschen durch den Erhalt ihrer natürlichen Lebensgrundlagen sichern und ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell anstreben.
- › Die LSAP strebt einen gerechten Welthandel an und unterstützt Klimaschutzmaßnahmen auf lokaler und globaler Ebene.
- › Die LSAP wird Menschenrechte konsequent verteidigen, sich für den Weltfrieden starkmachen und zur Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität und Rechtsextremismus beitragen.
- › Die LSAP wird sich den Herausforderungen der digitalen Welt stellen, den freien Zugang zum Internet fördern, sich für sichere Datenübertragung und einen wirksamen Rechtsrahmen einsetzen, der den Schutz der Privatsphäre und persönlichen Daten sicherstellt und gleichsam dafür sorgt, dass Autorenrechte im digitalen Zeitalter besser gewahrt werden.





**LSAP**  
**D'Sozialisten**

68, rue de Gasperich  
L-1617 Luxembourg

T. +352 45 65 73-1

F. +352 45 65 75

[info@lsap.lu](mailto:info@lsap.lu)

[www.lsap.lu](http://www.lsap.lu)